



Bericht



KAS EUROPABÜRO BRÜSSEL

„Was braucht Europa?“

**Adenauer-Forum mit der Bundesministerin für Bildung und Forschung,
Prof. Dr. Annette Schavan, MdB**

Mittwoch, 5. September, 19h30, Sofitel Luxemburg

Im Rahmen eines gemeinsam mit dem CDU/CSU-Freundeskreis Luxemburg organisierten Adenauerforums zum Thema „Was braucht Europa?“ sprach die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Prof. Dr. Annette Schavan, zu Fragen der Europäischen Bildungs- und Forschungspolitik sowie zu den Wertegrundlagen Europas.

Europa, so Schavan, benötige mehr Innovationskraft. Europa wirke oft zu selbstzufrieden. Gleichzeitig würde bei Diskussionen über Forschung und Innovation zu häufig von Risiken gesprochen und viel zu wenig von den Chancen (Bsp. Gentechnik). Auf europäischer Ebene bedürfe es einer besseren Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten über Forschungsschwerpunkte. Zudem müsse man Gelder der Strukturfonds stärker für Forschung und Entwicklung nutzen. Ferner müssten die Synergien zwischen den Mitgliedstaaten gestärkt werden: So gebe es in den südlichen EU-Ländern sowie in Finnland großes Interesse am dualen Bildungssystem.

Schavan warb für die Schaffung eines Europäischen Ausbildungspaktes: Schul- oder Studienabgänger müssten innerhalb von 3 Monaten ein Angebot für einen Praktikums- oder Ausbildungsplatz erhalten. Gleichzeitig müsse man auf europäischer Ebene eine Vergleichbarkeit von Abschlüssen gewährleisten. Hier müsse es einen Konsens darüber geben, welchen Grundstock an gemeinsamem Wissen man voraussetzen müsse.

Gleichzeitig betonte Schavan die Bedeutung der Wertegrundlagen Europas: Sie bezeichnete die „Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation“ als große kulturelle Errungenschaft Europas. Gleichzeitig lebe der säkularisierte Staat von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren könne. Daher könne auch der moderne Staat den religiösen Überzeugungen seiner Bürger und damit ihren Werten nicht gleichgültig gegenüberstehen.

Zur Garantie der friedlichen Koexistenz von Religionen in unserer heutigen Gesellschaft seien drei Grundhaltungen ausschlaggebend: Demut, Respekt und Toleranz. So müssen zum einen der Staat gegenüber den religiösen Überzeugungen der Bürgerinnen und Bürger Demut und Respekt zeigen und zum anderen die Gläubigen verschiedener Religionen untereinander. Gleichzeitig gebe es eine gegenseitige Toleranzpflicht zwischen Religion und Staat: Das bedeute die Toleranz des Staates gegenüber religiösen Praktiken. In diesem Kontext erachtete Schavan das Beschneidungsurteil



BERICHT

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK

5. SEPTEMBER 2012

www.kas.de/bruessel

des Kölner Landgerichts als nicht mit dem Toleranzgebot vereinbar. Ein wichtiger Schritt sei dagegen die Einrichtung des islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen sowie die Gründung von vier Instituten für islamische Studien oder das Zentrum für jüdische Studien in Berlin.

Trotz abnehmender konfessioneller Bindung zahlreicher Menschen lebe man auch heute nicht in einer „gottlosen“ Gesellschaft, vielmehr gebe es nun neuere Formen der Spiritualität; zahlreichen Menschen reiche reiner Materialismus nicht aus.

Schavan forderte, dass Europa es nicht zulassen dürfe, dass die Religion aus dem öffentlichen Raum verdrängt werde. Vielmehr könne Europa auf Basis seiner historischen Erfahrungen eine Zukunft für Religionen in modernen Gesellschaften eröffnen. Eine Grundlage für ein dauerhaft gutes Verhältnis von Staat und Religion sei ein enger wissenschaftlich-theologischer Austausch.

Im Rahmen der Diskussion ging die Ministerin auf die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Übertragung des dualen Ausbildungssystems auf andere Länder ein: Zum einen brauche man die Unternehmen, die sich bereit erklärten, ein solches System mitzutragen und die entsprechenden Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Ferner müsse es einen Mentalitätswandel in den entsprechenden Gesellschaften geben. Teilweise werde es bei den Eltern als ein Scheitern angesehen, wenn das Kind kein Studium beginne, unabhängig von dessen Talenten und Begabungen. Eine solche Umstellung benötige Zeit. Das deutsche System sei zudem nicht 1:1 in andere Länder übertragbar.